

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Kauch, Gudrun Kopp,
Angelika Brunkhorst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/8074 –**

**Weichenstellungen zur Förderung erneuerbarer Energien in der Europäischen
Union – Wettbewerb der Lösungen stärken, Regenwälder wirksam schützen**

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere dazu aufgefordert werden, sich im Rechtsetzungsverfahren zur Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (KOM(2008) 19 endg.; Ratsdok. 5421/08) dafür einzusetzen,

- die Zielsetzung des Europäischen Rates zur Verminderung der Treibhausgasemissionen um mindestens 20 Prozent bis zum Jahr 2020 sowie den Anteil erneuerbarer Energien im gleichen Zeitraum um 20 Prozent zu steigern, beizubehalten,
- die angestrebte Quote des Einsatzes von 10 Prozent erneuerbarer Energien im Verkehrssektor zu streichen und den Mitgliedstaaten die Entscheidung hierüber zu belassen,
- eine Zertifizierung von Biomasse einzuführen und zu prüfen, ob die angestrebte Kennzeichnungspflicht von Biokraftstoffen und zur Verpflichtung der Tankstellen, Diesel mit Beimischung anzubieten, für Verbraucher und Anbieter verhältnismäßig sind und
- bei der Umsetzung der EU-Richtlinie die Beimischungsquote für Biokraftstoffe nicht zu erhöhen und eine Besteuerung von Reinbiokraftstoffen einzuführen, die einen festen Preisabstand zu konventionellen Kraftstoffen sicherstellt.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD,
DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der
Fraktion der FDP**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/8074 abzulehnen.

Berlin, den 7. Mai 2008

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Maria Flachsbarth
Berichterstatterin

Dirk Becker
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Hans-Kurt Hill
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Maria Flachsbarth, Dirk Becker, Michael Kauch, Hans-Kurt Hill und Hans-Josef Fell

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/8074** wurde in der 155. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. April 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere dazu aufgefordert werden, sich im Rechtsetzungsverfahren zur Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (KOM(2008) 19 endg.; Ratsdok. 5421/08) dafür einzusetzen,

- die Zielsetzung des Europäischen Rates zur Verminderung der Treibhausgasemissionen um mindestens 20 Prozent bis zum Jahr 2020 sowie den Anteil erneuerbarer Energien im gleichen Zeitraum um 20 Prozent zu steigern, beizubehalten,
- die angestrebte Quote des Einsatzes von 10 Prozent erneuerbarer Energien im Verkehrssektor zu streichen und den Mitgliedstaaten die Entscheidung hierüber zu belassen,
- eine Zertifizierung von Biomasse einzuführen und zu prüfen, ob die angestrebte Kennzeichnungspflicht von Biokraftstoffen und zur Verpflichtung der Tankstellen, Diesel mit Beimischung anzubieten, für Verbraucher und Anbieter verhältnismäßig sind und
- bei der Umsetzung der EU-Richtlinie die Beimischungsquote für Biokraftstoffe nicht zu erhöhen und eine Besteuerung von Reinbiokraftstoffen einzuführen, die einen festen Preisabstand zu konventionellen Kraftstoffen sicherstellt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/8074 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/8074 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/8074 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/8074 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/8074 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wurde das Ziel des Antrages der Fraktion der FDP begrüßt. Der Richtlinienvorschlag konkretisiere die Ziele, die der Europäische Rat beschlossen habe, für die EU-Mitgliedstaaten. Man sei froh, dass der Deutsche Bundestag sich dafür ausgesprochen habe, den Handel mit Ökozertifikaten mit einem Genehmigungsvorbehalt der EU-Mitgliedstaaten zu versehen. Mit dem Vorschlag für ein Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG), der auf Ordnungsrecht bei Neubauten und Förderung durch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm setze, habe man national den richtigen Weg vorgeschlagen, wie auch die Investitionen durch das MAP-Programm belegten. Der Vorschlag der Fraktion der FDP für ein Mengensteuerungsmodell sei hingegen nicht geeignet, die Reduktionsziele zu erreichen. Bezogen auf die aktuelle Diskussion um die Frage, ob die Erzeugung von Energien aus nachwachsenden Rohstoffen mitverantwortlich sei für den Anstieg der Lebensmittelpreise, müsse man wieder zu einer sachlichen Betrachtungsweise zurückkehren. Die Fraktion der CDU/CSU begrüßte, dass die Bundesregierung eine Nachhaltigkeitsstrategie international auf den Weg gebracht habe. Für die klimapolitisch wie versorgungspolitisch nötige Diversifizierung der Kraftstoffe sei es darüber hinaus nötig, die durch private Investitionen und öffentliche Förderung aufgebaute Produktionskapazität für nachhaltig erzeugte heimische Biokraftstoffe zu nutzen und zu sichern sowie zugleich den auflebenden Tanktourismus zu vermeiden.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wurde betont, dass man die Zielgrößen, die die EU vorgegeben habe, unterstützen könne. Die Bundesrepublik Deutschland könne hiervon auch wirtschaftlich profitieren, da man in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle einnehme. Die für den Verkehrssektor angestrebte Festlegung eines konkreten Zieles sei begründbar, da man hier eine große Importabhängigkeit in Europa habe. Der Vorschlag der Fraktion der FDP, Nachhaltigkeitsstandards zu formulieren, sei richtig, eine Beschränkung auf den Bereich der Biotreibstoffe jedoch abzulehnen. Man brauche eine

Regelung für den Import jeder Art von Biomasse und hoffe, dass es auf Ebene der EU gelingen werde, im laufenden Jahr eine Übereinkunft zu erzielen. Sei dies nicht möglich, müsse man auch über Importbeschränkungen nachdenken. Die Frage, ob im EEWärmeG neben dem Neubau auch der Wohnungsbestand aufgenommen werden müsse, werde noch erörtert. Es müsse sichergestellt werden, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fortbestehen könne. Beim Zertifikatehandel müsse darauf geachtet werden, dass dieser nicht dazu führe, dass die Energieerzeuger ihre Produkte mit dem Ergebnis handeln könnten, dass die nationalen Quoten nicht mehr erreicht würden. Um diesem Problem zu begegnen, müsse das vorgesehene System umgekehrt werden und den Erzeugern der Handel erst dann gestattet werden, wenn die nationale Quote erreicht sei.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wurde ausgeführt, dass der Richtlinienvorschlag viele sinnvolle Vorschläge enthalte. Das Vorhaben, 10 Prozent erneuerbarer Energien im Verkehr als verbindlich vorzusehen, sei abzulehnen. Man habe sich insgesamt auf eine Quote von 20 Prozent erneuerbarer Energien verständigt, ohne für bestimmte Sektoren rechtsverbindliche Ziele festzuschreiben. Im Ergebnis würde hierdurch die Verwendung von Biomasse im Treibstoffbereich bevorzugt, die nicht zu rechtfertigen und klimapolitisch nicht effizient sei. Die Fraktion der FDP wies darauf hin, dass es den EU-Mitgliedstaaten überlassen sein müsse, ob und für welche Gebäude die Nutzung erneuerbarer Energien vorgeschrieben werde oder andere Instrumente zu nutzen, um die Einsparziele im Wärmesektor zu erreichen. Ferner enthalte der Antrag Vorschläge zur Zertifizierung von Biomasse und zur Überprüfung der Kennzeichnung von Biodiesel.

Von Seiten der **Fraktion DIE LINKE** wurde ausgeführt, dass die Bundesregierung im Biokraftstoffbereich Fehler gemacht habe. Das Sonderziel von 10 Prozent im Verkehrssektor lehne man als sinnlos ab. Der heimische Biokraftstoff müsse gezielt gefördert werden und ein Moratorium für den Import von Agroenergie verkündet werden, um den eingetretenen Schaden für die deutschen Hersteller zu begrenzen und die sozialen und ökologischen Folgen in anderen Erzeugerländern einzudämmen. Die in dem Antrag der Fraktion der FDP angestrebte Anwendung des EEWärmeG lediglich für Neubauten widerspreche den Ergebnissen der Anhörung des Ausschusses am 23. April 2008. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE seien die Klimaschutzziele der EU zu gering angesetzt. Der Anteil der erneuerbaren Energien müsse mindestens 25 Prozent betragen. Die Reduktion der Klimagasemissionen um mindestens 30 Prozent bis zum Jahr 2020 markiere aus Sicht der Fraktion DIE LINKE die unterste Grenze. Man sei froh darüber, dass ein verpflichtender Zertifika-

tehandel, der das EEG ausgehöhlt hätte, nicht im Richtlinienvorschlag enthalten sei. Die ökologischen und ökonomischen Folgen eines verpflichtenden Biokraftstoffanteils von 10 Prozent seien hingegen absehbar, ein internationales Zertifizierungssystem kurzfristig nicht in Sicht.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass die kommende EU-Richtlinie maßgeblichen Einfluss auf die Energiepolitik der EU haben werde. Es sei nicht zu verkennen, dass die Durchsetzung des 20-Prozent-Einsparzieles schwierig gewesen sei. Gemessen an den Fähigkeiten der Branche und den klimapolitischen Notwendigkeiten reiche die Vorgabe jedoch nicht aus. Dies gelte auch mit Blick auf die Versorgungssicherheit und steigende Energiepreise, denen nur durch den Einsatz erneuerbarer Energien entgegen gewirkt werden könne. Vor diesem Hintergrund sei es nicht mehr möglich, davon zu sprechen, dass Deutschland auf einem guten Weg sei, wie die Investitionsrückgänge im Jahr 2007 und im laufenden Jahr, die trotz der weltweiten Dynamik zu verzeichnen seien, verdeutlichten. Dies sei auf die Politik der Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zurückzuführen, die auf die Markteinbrüche nicht reagiert habe, indem man beispielsweise ein Vorschaltgesetz für Biogasanlagen auf den Weg gebracht habe. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüße es, dass die EU-Kommission im Wärmesektor eine Nutzungspflicht vorschreibe. Kritisch sei jedoch, dass die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf eine Beschränkung auf den Neubau vorgesehen habe, was das Gesetz wirkungslos mache und eine industrielle Entwicklung verhindere. In diesem Zusammenhang sei auch die Ablehnung der Nutzungspflicht zugunsten des Emissionshandels für einzelne Immobilienbesitzer, wie sie von der Fraktion der FDP vorgeschlagen worden sei, als zu bürokratisch zu bezeichnen. Im Transportsektor vernachlässigten sowohl der Richtlinienentwurf der EU als auch die Bestrebungen der Bundesregierung die Frage der Elektromobilität. Gleiches gelte für die Einführung nationaler wie internationaler Nachhaltigkeitskriterien im Bioenergiesektor. Zur vorgeschlagenen Regelung des Zertifikatehandels im Strombereich nehme man ebenso kritische Positionen ein wie die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD. Die diesbezüglichen Vorstellungen der FDP seien absurd und würden lediglich einen Aufbau von Bürokratie nach sich ziehen und seien als Bestandsschutz für Atom- und Kohleenergie zu verstehen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/8074 abzulehnen.

Berlin, den 7. Mai 2008

Dr. Maria Flachsbarth
Berichterstatlerin

Dirk Becker
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Hans-Kurt Hill
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter